

Vorwort des Herausgebers

Über Jahrzehnte ist der Konflikt um Palästina in der Wissenschaft und in öffentlichen Diskursen meist als Auseinandersetzung zweier Seiten gedeutet worden, die sich als prinzipiell gleichartige Akteure gegenüberstehen und mehr oder minder ernsthafte Anstrengungen unternehmen, einen der ältesten Regionalkonflikte zu lösen. Der 1993 in Oslo angestoßene Verhandlungsprozess hat dieses Paradigma zunächst noch einmal erstrahlen lassen, sein Scheitern aber hat die Suche nach alternativen konzeptionellen Zugängen zum Konflikt um Palästina gestärkt, die das Moment des Asymmetrischen zwischen Israel und den palästinensischen Akteuren als konstitutiv ansehen und die Vorstellung, dass eine für alle Beteiligten akzeptable Beendigung des Konflikts unter den gegebenen Rahmenbedingungen wahrscheinlich wäre, als irreführend betrachten.

Obwohl die israelische Besetzung Palästinas bereits seit dem Junikrieg 1967 und damit fast ein halbes Jahrhundert anhält und wesentliche Entwicklungen vor Ort, so die förmliche Annexion Ostjerusalems und die Besiedlung weiter Teile des Westjordanlandes durch Israel, viel eher auf eine Fortschreibung der Besetzung als auf ihr baldiges Ende hindeuten, halten viele Teile der Wissenschaft, der allgemeinen Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch die politischen Eliten des Westens am traditionellen Paradigma der Auseinandersetzung um Palästina als eines Konflikts zweier prinzipiell gleicher Akteure fest, die bei vernünftigem Handeln einen für beide Seiten vorteilhaften Kompromiss finden könnten und sollten. Das traditionelle Paradigma ist also durchaus politikrelevant und hat bei der jüngsten, vom amerikanischen Außenminister John Forbes Kerry initiierten Verhandlungsrunde zwischen Israelis und Palästinensern Pate gestanden: Unter Aufbietung großen diplomatischen Drucks sowohl auf den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu als auch den Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, haben die USA Verhandlungen einberufen, deren Scheitern für alle Seiten angesichts enormer Positionsdivergenzen von vornherein absehbar war. Dementsprechend ging es in diesen Verhandlungen den Beteiligten nicht darum, Frieden zu schaffen, sondern dafür Sorge zu tragen, für das antizipierte Scheitern nicht (allein) verantwortlich gemacht zu werden. Als Fatah, die von Abbas geführte dominante Fraktion der

PLO, und die Hamas im April 2014 die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit verkündeten, nahm Netanjahu dies zum Anlass, Abbas publikumswirksam zu maßregeln, dass dieser sich zwischen Frieden mit Israel und Frieden mit der Hamas entscheiden müsse, und die Verhandlungen zu suspendieren. Dies entbehrte insofern nicht einer gewissen Ironie, als pro-israelische Beobachter und Politiker immer wieder kritisch darauf hingewiesen hatten, dass die Spaltung in der palästinensischen Führung das israelische Vertrauen reduziere, dass Abbas ein eventuelles Abkommen mit Israel gegenüber der eigenen, hochgradig politisierten und fragmentierten Gesellschaft auch durchsetzen könnte. So war es Abbas ein Leichtes, die von Netanjahu präsentierte Alternative als eine falsche zurückzuweisen, womit es ihm – im Gegensatz zu seinem Vorgänger Jassir Arafat, der das Schuldzuweisungsspiel nach den gescheiterten Verhandlungen von Camp David im Jahre 2000 noch klar verloren hatte – gelang, zumindest ein Unentschieden zu erzielen. Die US-Regierung schließlich gebärdete sich als frustrierter Mediator, der damit von aller Verantwortung der Führungsmacht des Westens für die palästinensische Misere ablenkte.

Alternativen zum traditionellen Paradigma zur Analyse des Konflikts um Palästina existieren in verschiedenen Ausprägungen. Rationalistische Konfliktanalysen können, methodisch beispielsweise gestützt auf spieltheoretische Modelle, aufzeigen, wie die ungleiche Verteilung von Macht und Gerechtigkeitsideen zwischen israelischen und palästinensischen Akteuren eine Situation geschaffen hat, in der ein Friedensschluss kaum mehr "vernünftig" ist: Israel ist zu mächtig, um schmerzhaft Kompromisse eingehen zu müssen, und die palästinensischen Akteure haben keine Anreize, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der wenig mehr als eine Legalisierung der Besatzung darstellte. Was Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde freilich eint, ist ihr prinzipielles diplomatisches Interesse, an der Aussicht eines "gerechten" Friedensschlusses festzuhalten: Die aus dem Osloer Verhandlungsprozess hervorgegangene Palästinensische Autonomiebehörde würde, gäbe sie das Ziel eines in friedlicher Koexistenz mit Israel lebenden palästinensischen Staates auf, ihre Existenzgrundlage verlieren. Israel wiederum kann als virtuelles Mitglied einer vom Westen angeführten Wertegemeinschaft im 21. Jahrhundert eine repressive Besatzung gegenüber der Weltöffentlichkeit nur legitimieren, wenn diese als prinzipiell temporäre Herrschaftsform präsentiert wird, um einen als bedrohlich eingestuften Opponenten bis auf weiteres in Schach halten zu können. Eine weitere paradigmatische Alternative, wie sie von Lisa Taraki und Anne de Jong in die Diskussion eingebracht wird, besteht darin, das Paradigma mit den Kernpunkten Konflikt und Frieden ganz aufzugeben und durch eine Perspektive zu ersetzen, die die Auseinandersetzung um Palästina als einen Kampf deutet, in dem es für die Palästinenser um den Zugang zu den Menschenrechten geht, der

ihnen von einer auf Dauer angelegten – und insofern imperialen – Besatzungsmacht verwehrt wird.¹

Eine weitere zentrale Option zu einer Entwicklung weg vom traditionellen Paradigma entwickelt Helmut Krieger in seiner hier vorliegenden Arbeit, die auf einem politökonomischen Ansatz beruht. Indem er das in den 1960er und 1970er Jahren entwickelte Gedankengebäude von Nicos Poulantzas als theoretischen Referenzrahmen wählt, beweist Helmut Krieger akademischen Mut, für den er sich und den Leser mit einem gelungenen, lesenswerten Buch belohnt. Man mag die neo-marxistischen Prämissen des Autors teilen oder nicht – Helmut Krieger legt eine kohärente und kenntnisreiche Analyse vor, in der er vor dem Hintergrund der in das neo-liberale Weltwirtschaftssystem eingebetteten sozioökonomischen Strukturen Palästinas plausibel nachweist, dass die durch das Osloer Vertragswerk geschaffenen Institutionen und Strukturen nicht das Ende der Besatzung einläuteten, sondern diese an neue globale und regionale Herausforderungen anpassten und insofern festigten. Ganze Bibliotheken könnten mit Analysen zum Konflikt um Palästina gefüllt werden, weshalb es keine Kleinigkeit ist, dem geneigten Leser den Beitrag Helmut Kriegers als bereichernd zu empfehlen.

Martin Beck
Odense, im Dezember 2014

1 Diesen Gedanken verdanke ich Peter Thomas Cowan, der ihn in seiner von mir 2014 an der University of Southern Denmark betreuten Masterarbeit *Campaigning for the 'right' side of history: A discursive approach to understanding Israeli fears of the Palestinian BDS movement* entwickelt hat.

Vorwort des Autors

Eine wissenschaftliche Arbeit zum palästinensischen Staatsformierungsprozess zu verfassen, mag auf den ersten Blick erscheinen, als ob lediglich einem der wohl am meisten analysierten Konflikte eine weitere Abhandlung hinzugefügt würde. Zweifelsohne ist der israelisch-palästinensische Antagonismus einer, der in vielerlei Dimensionen und unter verschiedenen disziplinären Vorzeichen erforscht wurde und wird. Seine Präsenz in verschiedenen Debattenfeldern jedoch nicht nur als Ausdruck seiner überdeterminierten Bedeutung zu verstehen, sondern gerade auch als Indikator für seine tatsächliche regionale und globale Relevanz, kann wiederum zu wissenschaftlichen Perspektivierungen führen, die eine innovative Auseinandersetzung versprechen. In meiner politökonomischen und hegemoniekritischen Untersuchung definiere ich daher den israelisch-palästinensischen Konflikt auch als einen globalen Konflikt, innerhalb dessen über die Etablierung einer institutionellen Architektur in den besetzten palästinensischen Gebieten in konfliktiven Prozessen Positionen der Dominanz durchgesetzt werden (sollen). Die Palästinensische Autonomiebehörde wird in meiner Analyse daher zu einem strategischen Terrain. In diesem werden Kooperationen, Konflikte und/oder Kämpfe zwischen der israelischen Okkupationsmacht, staatlichen Entwicklungsagenturen als Artikulationen globaler Macht- und Herrschaftsasymmetrien sowie den verschiedenen politischen Organisationen in Palästina verdichtet.

Indem ich den Konflikt also um gesellschaftliche, politische, soziale, ökonomische und militärische Deutungshoheiten als umkämpften Staatsformierungsprozess rekonstruiere und über kritische Staatstheorien theoretisch herleite, mache ich zugleich sichtbar, was über den vermeintlich überanalysiertesten Konflikt der Welt noch nicht gesagt wurde. Eine politökonomische sowie staats-theoretisch fundierte Lesart des Staatsformierungsprozesses anzubieten, ist denn auch die grundlegende Stoßrichtung der vorliegenden Arbeit, die zugleich das irritiert, was sich in jahrzehntelangen Debatten um den Konflikt als destruktives Moment eingespielt hat: schematische Zuordnungen von politisch-ideologischen Positionen entlang der jeweiligen Konfliktparteien, ganz so, als ließe sich ein Jenseits davon gar nicht denken. Insofern mag die vorliegende Arbeit eine Irritation oder gar Provokation darstellen. Zugleich kann sie jedoch dazu beitragen,

jene Räume auszuleuchten, die zu analysieren wesentlich und notwendig ist, um Perspektiven jenseits des Bestehenden überhaupt entwickeln zu können.

Die Arbeit stellt die redigierte und gekürzte Version meiner Dissertation dar, die ich im Februar 2014 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien einreichte. Disziplinär verorte ich sie sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Entwicklungsforschung. Indem ich aufgrund meines Diplomstudiums in Soziologie ebenso mit Methoden der empirischen Sozialforschung vertraut bin, konnte ich politökonomische Ansätze, materialistische staatstheoretische Konzepte und Bedeutungszusammenhänge aus der kritischen Entwicklungsforschung mit qualitativen und quantitativen Methoden so in Kommunikation bringen, dass die Arbeit ein abgerundetes Ganzes ergibt. Die Schwierigkeit, die Staatsformierung in Palästina zu analysieren, wiewohl sie gerade erst im Entstehen ist und daher bis in die Gegenwart und darüber hinaus umkämpft bleibt, teile ich mit vielen Arbeiten, die gegenwärtige Prozesse untersuchen. Sich von je aktuellen Entwicklungen bewusst distanzieren zu müssen, um sich den Raum für Reflexionen zu schaffen und Schnitte für die Textproduktion einzuziehen, war dabei eine nicht immer leichte Entscheidung. Meine Analyse reicht dementsprechend bis Mitte des Jahres 2013, weitere Etappen der Staatsformierung konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

Für die wissenschaftliche Begleitung dieser Arbeit danke ich herzlich John Bunzl und Walter Schicho, für die Möglichkeit zur Veröffentlichung in dieser Reihe den HerausgeberInnen, insbesondere Martin Beck und Cilja Harders.

Helmut Krieger

Wien, im Dezember 2014

Umkämpfte Staatlichkeit

Palästina zwischen Besatzung, Entwicklung und
politischem Islam

Krieger, H.

2015, XVIII, 293 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-09883-4